
Aussprache

Krise der Erwerbsgesellschaft ?

(Anmerkungen zur Besprechung des Buches von Norbert Blüm: Die Arbeit geht weiter, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/84 S. 188 f.).

Arbeitsminister Blüm hält nicht nur Reden, er schreibt auch Bücher. In „Die Arbeit geht weiter - Zur Krise der Erwerbsgesellschaft“ geht es, wie der Titel schon ahnen läßt, um Grundsätzliches: Wachstum, Rationalisierung, Teilzeitarbeit, Arbeitszeit-

Verkürzung, Umweltschutz, Benachteiligung von Frauen — nichts wird ausgelassen. Blüm argumentiert „gegen eine aus der ‚Arroganz der Erwerbsgesellschaft‘ herrührende Unterbewertung der Arbeit in der Familie und im Ehrenamt“ (Blüm, Die Arbeit geht weiter, München 1983; Seitenangaben in Klammern beziehen sich auf diesen Text).

Die Auseinandersetzung mit Blüms Positionen lohne sich, findet Dr. Wolfgang Uellenberg (vgl. Gewerkschaftliche Monatshefte 3/84, S. 188), „denn Blüm ist durchaus kein kritikloser Anbeter einer Konzeption vom freien Spiel der Kräfte unserer Marktwirtschaft, wie sein ehem. Kabinettskollege

Otto Graf Lambsdorff (FDP) oder seine Parteifreunde Ernst Albrecht und Haimo George" (ebenda). Es sei verblüffend und interessant, daß Blüms Kritik an Entwicklungstendenzen und Meinungen unserer Gesellschaft manchem gleiche, was von nachdenklichen Sozialdemokraten oder von ernstzunehmenden Stimmen aus der grün-alternativen Szene vorgetragen werde. Arbeitsminister Blüm als nachdenklicher, mit seinen Positionen die politischen Lager überspannender Betrachter der gesellschaftlichen Entwicklung? Wir kommen zu einem vollständig anderen Ergebnis.

Worin liegt für Blüm die „Krise der Erwerbsgesellschaft"? In den ersten Jahren der Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik hat sich das Bruttosozialprodukt alle 10 Jahre (bei konstanter Erwerbspersonenzahl) verdoppelt. Jeder, der ein Wirtschaftswachstum in dieser Größenordnung für realisierbar halte, sei ein nicht mehr diskussionswürdiger Illusionist. Wie sehen Blüms Perspektiven aus?

Blüm ist für Wachstum, auch wenn davon die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten ist, weil man sich nicht vom über den internationalen Wettbewerb gesteuerten technologischen Fortschritt abkoppeln darf. Zudem sei die Beschäftigungswirkung der Einführung der neuen Technologien nicht abschätzbar.

Wenn gesamtwirtschaftlich genauso viel oder sogar mehr mit geringerem Arbeitsvolumen und weniger Arbeitskräften produziert werden kann, fragt sich, wie bei Erhaltung des sozialen Konsenses die neuen Technologien eingeführt werden können. „Lösungen kann hier nicht der Staat durchsetzen; Lösungen müssen die Betroffenen selbst aushandeln. Die Tarifpartner haben dazu durchaus die Chance. Sie könnten Produktivitätsfortschritte verstärkt durch Arbeitszeitverkürzung abgelten" (40). Wie soll das konkret aussehen? „Wenn das Angebot von Erwerbsarbeit hoffnungslos und langfristig absehbar hinter der Nachfrage nach Erwerbs-

arbeit zurückbleibt, gibt es nur eine Lösung: Die Arbeitsbesitzer müssen an die Arbeitslosen abgeben. Und zwar Arbeit und den dazugehörigen Lohn" (91). Blüm hat eine Erklärung dafür parat, warum diese Art Umverteilung bislang nicht so recht funktioniert hat. Es gebe eine heimliche Koalition von Arbeitgebern und Gewerkschaften gegen eine Flexibilisierung der Arbeitszeit.

„Da werden die einen, die weniger arbeiten möchten, zur Vollzeitarbeit gezwungen und andere, die (...) Teilzeitarbeit suchen, zur Null-Arbeit. Das ist der beschäftigungspolitische Skandal! (...) Wieso werden Menschen durch eine phantasielose, bornierte Arbeitszeitpraxis gezwungen, mehr zu arbeiten und zu verdienen, als sie eigentlich wollen?" (73). Die Neuverteilung der Arbeit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen werde ganz wesentlich durch die Gewerkschaften behindert. Zum einen seien sie auf den „Barlohn" fixiert und übersähen, daß Freizeit und Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital der Wirtschaft ebenfalls Formen des Lohns seien; zum anderen sei eine Differenzierung der Tarifpolitik überfällig. Die Bedingungen in den Tarifbereichen seien sehr unterschiedlich, dennoch geht der Tarifabschluß „wie die Dampfwalze über große und kleine, über Wachstum- und Schrumpfsparten hinweg. Auch der regionale Aspekt ist nur noch ein Erinnerungsposten. Hat der erste Bezirk die Leitmarke gesetzt, folgen die anderen im Gleichschritt" (90). Blüm empfiehlt statt dessen, daß in den einzelnen Bezirken, Teilbranchen und Betrieben jeweils gesondert verhandelt und abgeschlossen wird.

Das Zentrum der Blümschen Argumentation ist aber mit dem, was er über die Erwerbsarbeit äußert noch gar nicht getroffen; es geht ihm im Kern um mehr. „Ich halte es für eine kapitalistisch-kommunistische Verengung, den Begriff Arbeit auf Erwerbsarbeit einzuschränken" (13).

Was steckt hinter dieser Bemerkung? „Der menschlich bedeutendste Arbeitsplatz

wird als solcher weder gesehen noch bezeichnet: die Familie. Ohne die hier erbrachten Leistungen könnte die Erwerbsgesellschaft nicht existieren" (61). Die Erwerbsgesellschaft habe der Arbeit in der Familie jedes Sozialprestige entzogen. „Jenseits seiner ökonomischen Meßbarkeit ist der ‚Dienstleistungsbetrieb‘ Familie unmittelbar menschlicher Kulturträger. Wäsche und Raumpflege, kochen und nähen, Hygiene und Geselligkeit, Erziehung und Beistand im Leid: das alles läßt sich in Grenzen auch professionalisieren, aber ist in diesem Umfang weder so unmittelbar menschlich zu erbringen noch finanzierbar" (63).

Es sei die zentrale Borniertheit der Erwerbsgesellschaft, die Erwerbsarbeit überzubewerten. Die Rolle der Frauen als Hausfrauen und Mütter müsse wieder zu ihrem Recht verholfen werden. „Die Mutter, die Kinder erzieht, ist genauso arbeitstüchtig, wie die Mutter, die am Fließband steht" (13). Und: „Mutterarbeit - das ist privates Hobby ohne Sozialprestige, ja, im Vorurteil einer bornierten Erwerbsgesellschaft sogar kontraemanzipativ" (66). Wo liegen für Blüm die Ursachen der „Arroganz der Erwerbsgesellschaft" gegenüber Familie und traditioneller Frauenrolle? „Wir brauchen nicht für alle Probleme der Welt einen beamteten Spezialisten. (...) Die Obrigkeit muß nicht unbedingt in der Uniform eines Befehlshabers daherkommen. Sie kann sich auch in die Maske eines Fachmannes hüllen, der alles besser weiß und gegenüber dem der gesunde Menschenverstand kapituliert. Was die alte Großmutter noch aus Tradition, aus Erfahrung sich zutraute, das traut sich ihre Enkelin nur zu, wenn sie mindestens sechs wissenschaftliche Bücher gelesen hat. Ja so kommt es, daß die dreißigjährige Mutter zur zwanzigjährigen Sozialarbeiterin geht und fragt, wie sie ihr sechstes Kind erziehen soll" (13). Wir sollten künftig nicht mehr alles den Apparaten eines anonymen Versorgungsstaates anvertrauen und durch Paragraphen regeln. „Gäbe es mehr Nachbarschaft und Ehrenämter, brauchten wir weniger Sozialstaat und Bürokratie" (127).

Was ist das anderes, als ein geschickt verpacktes Plädoyer für den radikalen Abbau des gewachsenen Netzes sozialer Dienstleistungen, des Sozialstaates insgesamt? Einhalb Jahre Politik der Wende haben ausgereicht, um per Kürzung von Arbeitslosengeld und -hilfe, von Renten, Sozialhilfe, Kindergeld, Mutterschaftsurlaubsgeld usw. bei gleichzeitigem Ausbau von Privilegien für Bessergestellte und Unternehmen eine gigantische Umverteilung von unten nach oben ins Werk zu setzen. Wirtschaftspolitisches Nichtstun und offene Unterstützung der Unternehmerverbände haben die Arbeitslosigkeit weiter wachsen lassen, die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Gegenwehr unterminiert und nicht zuletzt erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sinkende Haushaltseinkommen zur Folge gehabt. Die Lasten konservativer Konsolidierungspolitik werden zurück auf die Haushaltseinkommen, in die Familien verschoben und gleichzeitig werden deren finanzielle Spielräume enger.

Und wie sieht es mit den Folgen für die Frauen aus?

Die sprichwörtliche Doppel- bzw. Dreifachbelastung durch Haushalt, Kinder und Beruf beschreibt treffend die Realität. Der Verzicht auf eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik zwingt viele Frauen, die Rolle der Reservarmee zu übernehmen; der immer mehr eingeschränkte Zugang zum Erwerbsleben bedeutet den Verzicht auf einen Teil des Haushaltseinkommens, die finanzielle Eigenständigkeit, den Erwerb eines eigenen Anspruchs auf Alterssicherung und nicht zuletzt den Verlust der mit der Berufstätigkeit verbundenen sozialen Kontakte und Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Versuche zur Durchsetzung einer restriktiven Handhabung des Paragraphen 218, einer Wiedereinführung des Schuldprinzips im Ehescheidungsrecht, einer Öffnung der Bundeswehr für Frauen u. v. m. zeigen die gesellschaftspolitische Dimension der Wendepolitik und weisen zugleich die Rich-

tung, in der die Reise weitergehen soll. „Familienfreundlich“ ist die konservative Wirtschafts- und Sozialpolitik nur für sehr wenige, die meisten „zahlen“ drauf.

Blüm steht für eine konservative Politik, die sich nicht damit begnügt, allein Marktgesetzen mehr Raum zu verschaffen, staatliche Steuerungsinstrumente einzuschränken und handfeste Umverteilung von unten nach oben zu betreiben, unübersehbar ist, daß das ganze durch eine „ideologische“ Offensive unterstützt wird. Überschätzung der Erwerbsarbeit, Unterbewertung der Familie und ein bürokratisierter, überprofessionalisierter Versorgungsstaat hätten eine „perfekt verwaltete Welt“ (119) kalter Anonymität geschaffen. „Die Unüberschaubarkeit, Undurchschaubarkeit, die Schnelligkeit der Entwicklung, das Wissen, nie alles begreifen oder gar steuern zu können — alles addiert sich zu einer Universalangst, zu Verunsicherung und Entwurzelung“ (37).

Die Wurzeln dieser Entwicklung lägen „im Verlangen nach absoluter Gleichheit und in der Sehnsucht nach bedingungsloser Selbstverwirklichung“ (ebenda). „Gleichheit und sonst nichts - dieses Kampfziel beraubt die Menschheit der Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten, die gar nicht in einem Menschenleben, einer Epoche oder einer Kultur realisiert werden können“ (120). Nötig sei - so Blüm- der Abschied von der „Sehnsucht, nichts mehr als vorgegeben anzunehmen, alles zu machen, was machbar ist“ (121). In der „Gegenwelt, Gemeinschaft und Geborgenheit“ (119) gelten wieder traditionelle Leitwerte wie Religiosität, Demut und Opferbereitschaft. Wie kann das alles anders verstanden werden, als der Ver-

such, in der Tat vorhandene Verunsicherungen und Ängste aufzugreifen und für eine reaktionäre Haltung des Verzichts und des Rückzuges auf eine vermeintlich intakte Welt des Privaten zu vereinnahmen? Hier soll grundlegend aufgeräumt werden mit einem politischen Modell der Reformen, die technischen Fortschritt und sozial gesteuertes Wirtschaftswachstum für die demokratische Erweiterung der Lebensqualität und die Beseitigung sozialer Ungleichheiten nutzen wollen. Ob gewollt oder nicht - diese Sichtweise schließt auch die Konsequenz ein, in einer Welt, in der Wirtschaftsprozesse nicht zu steuern sind, Massenarbeitslosigkeit akzeptiert werden muß und das Konzept sozialer Reformpolitik gescheitert ist, die Politik Eliten der Macht zu überlassen und sich auf die kleine, überschaubare Einheit Familie zurückzuziehen.

Die Politik, für die Blüm mit seinem Buch eintritt, ist eine Herausforderung für die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Lassen wir uns von der Härte der politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen, mit denen die Auseinandersetzung über die 35-Stunden-Woche verbunden sind, nicht daran hindern, deutlicher zu machen, als das bislang gelungen ist, daß Arbeitszeitverkürzung, qualitatives Wachstum, sozial gesteuerter technologischer Wandel und Ausweitung der Mitbestimmung auf allen Ebenen eine umfassende Alternative zur konservativen Politik der Wende sind.

Thomas Schönwälder,
DGB-Landesbezirk
Bayern,
Abt. Bildung

Fritz Schösser,
stv. Vorsitzender
DGB-Landesbezirk
Bayern

Buchhinweise

WSI -Arbeitsmaterial Nr. 4: Arbeitszeit im Umbruch. Analyse und Dokumentation der neuen tariflichen Arbeitszeitbestimmungen. Arbeitszeitverkürzung-Arbeitszeitflexibilisierung - Vorruhestand, von Ingrid Kurz-Scherf, WSI-Tarifarchiv, Düsseldorf 1984, 140 S. Zu beziehen bei: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB, Hans-Böckler-Straße 39, 4000 Düsseldorf 30. Preis: 10 DM für Gewerkschaftsmitglieder, 12,50 DM für Nichtmitglieder

In der Reihe WSI-Arbeitsmaterialien ist kürzlich als Nr. 4 eine Analyse von Risiken und Chancen der bisher im Jahr 1984 erfolgten Tarifabschlüsse über verkürzte und flexible Arbeitszeiten erschienen. Diese Arbeit soll zur Information über die Details der Abschlüsse wie zur Versachlichung der Diskussion beitragen, die häufig noch unsicher und kontrovers etwa folgendermaßen verläuft:

Mit mehrwöchigen Streiks haben die Gewerkschaften in der Bundesrepublik während der Tarifrunde '84 zwar das Arbeitgeber-Tabu der 40-Stunden-Woche gebrochen; aber das ursprüngliche Ziel, die 35-Stunden-Woche, wurde nicht erreicht. Und haben die Arbeitgeber nicht sogar den großen Durchbruch in ihrer Strategie der Arbeitszeitflexibilisierung erzielt, die zur Spaltung von Belegschaften, zum Funktionsverlust für die Gewerkschaften, zur Überforderung der Betriebsräte, zu einer neuen Hegemonie von Technik und Profit über den Menschen führen kann? Sind nicht andererseits mehr Zeitsouveränität, die Wahlmöglichkeit zwischen Freizeit und Geld, die Entzerrung des starren tariflichen Arbeitszeitkorsetts auch mögliche Vorteile für den Arbeitnehmer?

Die eingehende Darstellung der abgeschlossenen tariflichen Regelung in dem

neuen WSI-Arbeitsmaterial offenbart teilweise falsche Schlußfolgerungen in der bisherigen Diskussion. Vielfach wurden Details und auch die Unterschiede der neuen Manteltarifverträge unzureichend beachtet. Insbesondere wird darauf aufmerksam gemacht, daß die neuen Tarifverträge die betriebliche Differenzierung der individuellen Arbeitszeiten (in der Metallindustrie) bzw. längerfristige Arbeitszeitverteilungspläne mit relativ stark schwankenden Arbeitszeiten in einzelnen Wochen (z.B. Holz- und Kunststoffverarbeitende Industrie, VW) nicht zwingend vorschreiben; sie räumen nur die Möglichkeit ein.

Bei diesen zum Teil neuartigen Öffnungsklauseln für die betriebliche Umsetzung tariflicher Normen überwiegen unter den gegebenen ökonomischen und politischen Bedingungen für die Arbeitnehmer wohl die Risiken gegenüber den Chancen. Es besteht die Gefahr, daß die Arbeitgeber die neuen Arbeitszeitbestimmungen zum Ausbau ihrer traditionellen technologischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsmethoden auf Kosten der Anzahl und der Qualität der Arbeitsplätze nutzen werden. Die Tarifverträge setzen jedoch für die betriebliche Arbeitszeitflexibilisierung Grenzen und Bedingungen, die die Betriebsräte in Verbindung mit einer forcierten gewerkschaftlichen Betriebspolitik in die Lage versetzen, die betriebliche Arbeitszeitflexibilisierung abzuwehren und eine für alle Beschäftigten geltende und auch im Zeitverlauf möglichst einheitliche 38,5-Stunden-Woche durchzusetzen. Dazu gehört nicht zuletzt, daß die Arbeitszeitflexibilisierung in der Metallindustrie aufgrund der tariflichen Bestimmungen für die Unternehmen teurer ist als die einheitliche Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden - wie das WSI in einer Modellrechnung nachweist.

Die einheitliche Arbeitszeitverkürzung ist nach der Analyse des WSI nicht nur aus arbeitsmarkt- und humanisierungspolitischen Gründen notwendig, sondern auch zur Verhinderung einer tiefergehenden Segmentierung der Belegschaften und zur Erhaltung der Mobilisierungsbasis für die 35-Stunden-Woche - die für die Gewerkschaften weiter auf der tarifpolitischen Tagesordnung bleibt.

Neben dieser Analyse enthält die WSI-Arbeitsmaterialie Nr. 4 eine Dokumentation der entsprechenden Tarifverträge im Wortlaut und einen tabellarischen Vergleich der wichtigsten Bestimmungen. Ebenfalls enthalten ist eine kurze Darstellung sowie eine Dokumentation der abgeschlossenen Tarifverträge mit Vorruhestandsregelungen.

Claus Schäfer
